
ALLES ODER NIX

JAHRESRÜCKBLICK DRESDEN 2017



Inhalt

Interview mit der „Roten Hilfe Dresden“	6
Aktionen Januar / Februar	10
Persönlicher Bericht über Repression im Kontext der G20 Proteste	12
Aktionen März / April	15
Anarchist*innen in Belarus	18
Aktionen Mai / Juni	24
Catalonie – the anticapitalist movement in the catalan republic	25
Aktionen Juli / August	30
„Anarchistische Netzwerk Dresden“ stellt sich vor	31
Aktionen September / Oktober	32
Outing „Identitäre Bewegung Dresden“	34
Aktionen November / Dezember	43
Flucht, Radikal-Demokratie und Selbstverwaltung – Ein einführender Bericht	46
Rest in Peace Ricardo	56

Einleitung

Liebe Leser*innen,

wieder ist ein Jahr vergangen, wieder haltet ihr ein „Alles oder Nix“ in der Hand. Lange haben wir überlegt ob diese zweite Auflage von „AoN“ entstehen soll oder nicht. Nach langen internen Auseinandersetzungen haben wir uns dennoch für die Umsetzung entschieden. Wenig Feedback, kaum Artikel von Gruppen oder Rückmeldungen ließen uns zweifeln ob die Idee des Heftes richtig ist oder eine Stadt wie Dresden so ein Heft überhaupt braucht. Am Ende zahlreicher Diskussionen und Gespräche haben wir uns aber ganz klar dafür entschieden, noch eine weitere Ausgabe aufzulegen. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen, weil wir unsere Idee gut finden, Gruppen und Einzelpersonen Raum zu bieten um ihre politische Arbeit vorzustellen. Damit werden sie aus ihrer Anonymität gerissen und sind damit für neue, interessierte Menschen leichter zu erreichen. Zum anderen, weil wir durch das Heft zeigen wollen, dass die Dresdner Szene nicht stillsteht, auch positive Sachen passieren. Dies scheint uns im „Wahljahr“ 2017 wichtiger denn je. Spätestens mit dem Einzug der Alternative für Deutschland in den Bundestag und dem erreichten Ergebnis jener in Sachsen, sollte auch der*dem letzten Träumer*in klar geworden sein in welche Richtung sich der öffentliche Diskurs in den letzten Jahre verschoben hat. Wir wollen euch motivieren weiter zu machen oder neue Leute dazu bringen, sich in Gruppen zu engagieren und die Szene zu stärken. Außerdem gab es auch von einigen Menschen positive Kritik, welche uns sehr gefreut hat und Ansporn war weiterzumachen. Trotzdem wünschen wir uns von euch Leser*innen für das kommende Jahr mehr Reaktionen, uns ist es dabei egal ob positiv oder negativ, alles ist besser als Stagnation und keine Antwort. Wir halten es uns allerdings aus diesen Gründen auch offen, ob es im kommenden Jahr noch eine Ausgabe geben wird. Wir sind eben auf den ein oder anderen tollen Artikel oder Meinung von euch angewiesen.

Nach langer Vorrede nun aber zum Inhalt der diesjährigen Zeitschrift. Die Seiten 8 bis 11 geben der Roten Hilfe Dresden Raum um den Konflikt mit dem Bundesverband näher zu erläutern und die

zukünftige Struktur vorzustellen. Danach findet ihr ein Einzelschicksal, welches unserer Meinung bildhaft ist für die Repressionen, welche von deutschen Sicherheitsbehörden nach dem G20 Gipfel losgetreten wurden. Auf den Seiten 20 bis 25 stellt das ABC Dresden die anarchistische Situation in Belarus dar. Diesem anschließend haben wir uns dafür entschieden eine anarchistische Sichtweise auf den Konflikt in Katalonien mit in das Heft aufzunehmen. Auf der Seite 33 stellen sich die Aktivist*innen des Anarchistischen Netzwerks Dresdens vor und berichten von ihren Projekten. Da „Nazis aus der Deckung holen“ mehr ist, als nur eine stumpfe Parole, haben wir uns dazu entschieden auf den Seiten 36 bis 45 das Outing über die Identitäre Bewegung abzdrukken, welches im Dezember 2017 in Dresden stattfand. Nutzt die Bilder und Informationen, um diesen Kreaturen zu zeigen das sie scheiße sind. Dieser wird gefolgt von einem Reisebericht eines Genossen in den Nordirak, welchen ihr auf den Seiten 49 bis 58 findet. Leider ist auch Verlust Teil der diesjährigen Ausgabe, weshalb die letzte Seite einem Genossen gewidmet ist, dessen Leben Motivation für uns alle sein sollte. Zwischen den Artikeln findet ihr, wie im letzten Jahr, die ein oder andere Sache über die wir uns sehr gefreut haben. Wir erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch hier könnt ihr uns gern kontaktieren, wenn ihr sicher gehen wollt, dass eure Aktion in der nächsten Ausgabe landet. Außerdem Danken wir Allen, die jeden Montag gegen „Pegida“ auf die Straße gegangen sind. Aufgrund der Übersichtlichkeit haben wir die Proteste nicht immer mit in die Liste eingefügt. Am Ende wollen wir uns natürlich noch bei allen bedanken die uns geholfen haben, die zweite Ausgabe fertig zu stellen, u.a. bei der tollen Druckerei, unseren Freund*innen und all den Menschen welche schon darauf gewartet haben wieder in dieser Ausgabe aufzutauchen!

Zuletzt noch ein leidiges Thema. Da leider auch das drucken dieses Heftes Geld kostet und wir diese Ausgabe zum Teil aus Soli Strukturen finanzieren aber zu einem großen Teil auch selbst, haben wir uns dazu entschieden an gängigen Stellen an denen ihr das Heft findet Solidosen aufzustellen. Falls euch also die zweite Ausgabe des „Alles oder Nix“ gefällt, lasst doch einfach eins, zwei Euro da.

Eure Verfasser*innen der zweiten Ausgabe „Alles oder Nix“, (A)

P.s: Was wir euch nicht vorenthalten wollen ist einer der „Fanbriefe“ welchen wir durch die letzte Ausgabe erhalten haben:

„Guten Tag, ich weiß, dass Sie meine Meinung kaum interessieren wird, und ich schreibe auch nicht über Tor, wozu, denn ich stehe zu dem, was ich in meinem Leben getan habe. Und kommen Sie mir nicht mit dem kommunistischen Manifest, denn davon verstehen Sie wohl eher do gut wie gar nichts. Ihre Lektüre ist der Beweis dafür, dass in dieser Stadt und in diesem Land linker und rechter Extremismus noch intensiver zu bekämpfen ist, damit die weit überwiegende Mehrheit der Menschen endlich wieder mehr in Ruhe und Frieden leben kann. Sie sind nicht besser als Nazis, ich verachte Beides. Wer Gewalt verherrlicht, so wie Sie es tun, kann nicht ernsthaft auf Unterstützer hoffen. Aber danke für den Jahresrückblick, er zeigt mal wieder die Fratze des Linksextremismus. Ich bin zu alt, aktiv gegen derart zu kämpfen, allerdings einflussreich genug, um das, was ich da gelesen habe dort hin zu bringen, wo es hingehört. Schreiben Sie mir, aber offen und nachvollziehbar, wenn Sie den Mut dazu habe. Und noch etwas, würden Sie mein Foto mit Unterstellungen hier veröffentlichen, dann hätten Sie ein richtiges Problem. Übrigens ist der Hass auf Behörden scheinheilig, denn gerade von irgendwelchen Nichtsnutzen, die dort arbeiten erhalten Sie doch auch Ihre Informationen, toll. Meine Stadt Dresden werden Sie nicht im Chaos versinken lassen, versprochen.“

Stimmt, diese Meinung interessiert uns wirklich nicht. Nicht nur weil wir sie schon tausendmal gehört haben, sondern wir auch der Meinung sind das unsere Welt nicht nur an der Grenze Deutschlands endet und kein Mensch ein „Nichtsnutz“ ist. In einem stimmen wir aber zu. Der westliche Egoismus, in welchem „Ruhe und Frieden“ in Stadtgrenzen definiert wird und nicht in der Lage ist über Ländergrenzen zu schauen, soll im Chaos versinken. Wir hoffen unser Heft kann ein Teil dazu beitragen!

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

allesodernix@systemli.org

PGP-Key auf Anfrage und auf unserer Seite Homepage:

allesodernix.noblogs.org

Interview mit der „Roten Hilfe Dresden“

Vielen Dank Rote Hilfe Dresden (RH DD), dass Ihr für ein Interview zur Verfügung steht.

Noch Anfang des Jahres wart ihr als RH Ortsgruppe aktiv, mittlerweile als EA. Wie kam es dazu?

Im Dezember 2016 gab die RH die Ausgabe „Siegerjustiz...“ der RHZ (Rote Hilfe Zeitung - A.d.R) heraus. In dieser sind mehrere Positionen enthalten und auch offensiv von Gruppen der RH vertreten, die wir nicht tragen können. Deshalb entschlossen wir uns ein Statement zu verfassen – später kamen weitere hinzu – um eine Gegenposition innerhalb der RH sichtbar zu machen. Aus den Reaktionen die wir von BuVo und RHZ bekamen, wurde allerdings schnell ersichtlich, dass wir nicht öffentlich unter dem Label „RH“ weiter arbeiten wollen und können. Der EA ist allerdings weder die gleiche noch eine neue Struktur, den gibt es schon seit mehreren Jahren, wenn wir richtig liegen, sogar länger als die RH DD. In diesem Sinne gibt es die RH in Dresden weiterhin, noch haben wir uns nicht aufgelöst, wir machen allerdings keine öffentliche politische Arbeit mehr. Auf diese Weise haben wir gleichzeitig mehr Zeit uns inhaltlich mit der Aufarbeitung der RHZ-Ausgabe zu beschäftigen.

Was war der Endgültige Grund sich „abzuspalten“?

Das Gesamtpaket hat dazu geführt, dass wir wie beschrieben unsere Arbeit nicht 1 zu 1 weiter führen. Abgespalten haben wir uns nicht.

Wie fand die Auseinandersetzung innerhalb des Bundesverbandes der Roten Hilfe statt?

Darüber wissen wir nicht viel. Wir sind dort schließlich selbst nicht vertreten. Alles was wir aus Einzelgesprächen wissen, wollen wir nicht öffentlich ausbreiten. Aus den öffentlichen Statements geht allerdings auch hervor, dass es sehr unterschiedliche Positionen innerhalb des BuVo (Bundesvorstand - A.d.R.) gibt.

Welche Gruppen in der RH haben euch unterstützt?

Es gab mehrere öffentliche Statements welche sich auf uns bezogen haben. Die kamen von der RH Potsdam, Leipzig, Bielefeld und einige andere. Die findet ihr auf den jeweiligen Internetseiten.¹

Gab es eine Spaltung/Streit innerhalb eurer Gruppe oder wart ihr euch einig das ihr unter diesen Umständen nicht mehr als RH Ortsgruppe aktiv sein wollt?

Wir haben das Thema ziemlich kontrovers und von vielen Enden her diskutiert. Logisch, dass wir alle unterschiedliche Positionen hatten, weil wir aus verschiedenen politischen Spektren kommen. Bspw über die Frage, ob sich an der Haltung des RHZ-Kollektivs jemals was ändern wird, waren wir immer wieder sehr unterschiedlicher Meinung. Zum einen gibt es die Beispiele in der Geschichte der RH, wo sich Hartnäckigkeit verdient gemacht hat – zum Beispiel bei der Frage nach dem Antisemitismusbegriff. Andererseits ist das überhaupt eine Organisation für uns, in deren Organ im Jahr 2016 Erich Honecker von den Toten aufersteht? Zuletzt war auch für einen Teil von uns die DDR bisher nie so groß Thema in der politischen Arbeit, was natürlich auch mit autobiografisch geprägten Standpunkten zusammenprallen kann. Intern bemühen wir uns, achtsam miteinander zu sprechen, auch wenn's mal laut wird. Zu allem, was wir öffentlich gesagt haben steht unsere gesamte Gruppe!

Im September/Oktober habt ihr eine Veranstaltungsreihe organisiert, welche unter der Überschrift „Was heißt hier Siegerjustiz?“ stand, wart ihr zufrieden mit der Resonanz und werdet ihr in kommender Zukunft noch mehr zu dem Thema machen?

¹ <http://www.bielefeld.rote-hilfe.de/rote-hilfe-zeitung/stellungnahme-der-og-bielefeld-zur-rhz-42016-siegerjustiz>
<https://antirepression.noblogs.org/post/2017/08/23/uneins-in-die-zukunft/> - A.d.R

Alles in allem schon. Mehr geht ja eigentlich immer. Der Eindruck bleibt aber, dass die DDR und die Aufarbeitung des Realsozialismus bei vielen radikalen Linken keine große Rolle spielt. Die Veranstaltung in der Chemiefabrik, die sehr klar mit dem Thema Antifa verknüpft war, war brechend voll, während andere von wesentlich weniger Menschen besucht war. Aber da werden wir wohl kaum anfangen mit dem Zeigefinger zu wedeln. Vor allem von den Referent*innen, die alle in dem ein oder anderen Kontext zuvor schon sowohl mit 'klassischen Antikommunist*innen' als auch Verfechter*innen eines autoritären Sozialismus konfrontiert waren, haben uns extrem bestärkt! Dafür auch hier nochmal ein großes Dankeschön. Und gleichzeitig hatten wir auch hier bei 4 Wortveranstaltungen 6 verschiedene Meinungen repräsentiert. Ohne zu viel zu versprechen, wollen wir die Inhalte der Veranstaltungsreihe verschriftlichen und im nächsten Jahr als Broschüre rausbringen – aber bis dahin dauert's noch 'ne ganze Weile. Ansonsten haben wir auf jeden Fall auf dem Zettel regelmäßig Output – Veranstaltungen, etc. raus zu bringen.

Wie wird es weiter gehen mit euch bzw der Auseinandersetzung mit der RH? Seht ihr eine Chance, dass sich die Meinung der Bundesorga ändert und es eventuell eine neue Rote Hilfe Zeitschrift mit dem Thema Repression gegen die Oppositionsbewegung der DDR geben wird?

Wie es weiter geht, werden wir am Ende/Anfang des nächsten Jahres bekannt geben. Eine etwaige Auflösung werden wir explizit nur in Absprache mit den Mitgliedern vor Ort beschließen. Innerhalb der Bundesorganisation gibt es wie erwähnt eine ganze Palette an Positionen und die Heterogenität finden wir grundsätzlich gut. Die Meinung der Bundesorga gibt es so also nicht. Allerdings gibt es anscheinend wenig Willen unsere Position offensiv zu unterstützen und es Notfalls auch auf größere Streitigkeiten ankommen zu lassen. Solange sich daran nichts ändert, wird sich die andere Position weiterhin durchsetzen, die nämlich explizit unsere Wünsche und auch die unseres Ortsgruppen-Delegierten-Treffen (da treffen sich die Ortsgruppen regelmäßig mit den nächsten anderen Ortsgruppen) übergegangen haben. Ob sich daran etwas verändert, wissen wir nicht.

Es gibt natürlich andere Vergleichsfälle, wie beispielsweise der Streit um den Antisemitismus-Begriff. In dem Fall war es bspw. so, dass wirklich lange auf allen Ebenen der Organisation gestritten wurde und nach mehreren Jahren der Antisemitismus-Begriff Einzug in die Satzung der RH gehalten hat. Zu diesem Zeitpunkt waren aber auch schon eine Menge Menschen resigniert und ausgetreten. Das einzuschätzen, fällt uns wirklich schwer. Egal wie es mit der Roten Hilfe weitergeht, steht für uns fest, dass wir das Thema DDR und was noch daran hängt auf dem Schirm behalten!

Ok, dann bleiben wir gespannt wie es weitergehen wird. Danke für die Beantwortung der Fragen und alles Gute!

Aktionen

Januar

- 7.: Die Gruppe „Black Rose“ gestaltet zahlreiche Werbekästen an Haltestellen mit antirassistischen Botschaften neu. Die Gruppe will damit an den 12. Todestag von Oury Jalloh erinnern, welcher in Dessau von Bullen ermordet wurde.
- 19.: Nachdem Björn Höcke (Thüringer AfD – Landesvorsitzender) im Ballhaus Watzke eine Rede vor 400 Menschen hält, bekommt das Watzke Besuch von der „Farbbombenbattle-Crew“.

Februar

- 10.: In Dresden Nickern wird ein Gedenkstein mit dem Spruchband: Nationalismus und Geschichtsverklärung verhüten – Dresden du Täter*in!“ umhüllt.
- 23.: Nazirichter Jens Maier wird geoutet. Maier wurde durch seine Rede im Ballhaus Watzke bekannt, in welchem er rassistische und nationalistische Scheiße von sich gab.





Persönlicher Bericht über Repression im Kontext der G20 Proteste

*Im Juli 2017 demonstrierten in Hamburg tausende Aktivist*innen gegen das Treffen der G20. Die Liste der Menschen, welche Opfer von staatlicher Willkür und Polizeigewalt worden, ist lang. Die ersten Urteile gegen Protestierende sind gefällt, und die ersten Ermittlungen gegen die Bullen seitens der Staatsanwaltschaft fallen gelassen. Selbst wenn die Verfahren gegen Polizist*innen weiter geführt werden, glauben wir nicht an einen funktionierenden Rechtsstaat, welcher „Gerechtigkeit“ sprechen kann. Darum soll es in diesem Fall auch nicht gehen. Vielmehr wollen wir darauf aufmerksam machen, dass es viele getroffen hat und die Formen von staatlicher Repression vielfältig sind. In Solidarität, mit allen die von dieser betroffen sind, veröffentlichen wir hier einen persönlichen Bericht, welcher im November von der Gruppe „UNITED WE STAND“ publiziert wurde:*

Tamu wurde bei den G20-Protesten am Donnerstagabend nach der WelcomeToHell-Demo festgenommen. Nach Personalienaufnahme und etwa einer Stunde in einem Gefangenentransporter entließen ihn die Polizisten mit einem weiträumigen Platzverweis.

Knapp drei Monate später, Anfang Oktober, nahmen ihn drei Zivilpolizisten vor seiner Haustüre in Berlin fest. Er verließ gerade das Haus als ein unbekannter Typ Mitte Dreißig ihn ansprach. Er fragte „Hey, hast du Feuer?“ was Tamu verneinte. Daraufhin fragte er „Brauchst du Feuer?“, was er leicht irritiert ebenfalls verneinte. Schließlich fragte er „Rauchst du? Brauchst du was?“ und Tamu antwortete „Nein, ich brauche nichts, vielen Dank“. Plötzlich zog der Zivi einen Ausweis hervor und sagte „Berliner Polizei, Allgemeine Personenkontrolle. Zeig mir mal deinen Ausweis.“ In dem Moment waren auch zwei weitere Zivis neben Tamu. Er wies sich aus, und der erste Zivi sagte „Wir haben ihn!“, woraufhin der andere seine Hände nach hinten drehte und ihm Handschellen anlegte. Der erste Zivi fragte höhnisch „Na, haben wir in Hamburg die Polizei geärgert, wa? Erinnerste dich?“

Als Tamu fragte, auf welcher Grundlage sie ihn festnahmen, zeigten sie ihm einen Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Hamburg. In diesem behauptet die Staatsanwaltschaft, dass Tamu nicht in seinem Zuhause wohne, da ihn ein anderes polizeiliches Schreiben von 2015 nicht erreicht hat.

Außerdem habe angeblich ein Polizeibeamter diesen August an seinem Wohnort überprüft, ob sein Name auf dem Klingelschild und dem Briefkasten stehe und fälschlicherweise dokumentiert, dies sei nicht der Fall. Aus diesen Gründen hat die Staatsanwaltschaft Hamburg einen Haftbefehl wegen unbekanntem Wohnorts und angeblich drohender Fluchtgefahr ausgestellt. Tamus Haus wurde einige Tage observiert, dann wurde er wie eben beschrieben festgenommen.

Er wurde in die GeSa am Tempelhofer Damm gebracht und am nächsten Nachmittag einem Haftrichter vorgeführt, der über die Verhängung von U-Haft entscheiden sollte. Tamu legte ihm eine Meldebestätigung für seine Wohnadresse sowie einen Arbeitsvertrag vor. Er entschied sich für Haftschonung. Das bedeutet er konnte nach Hause gehen mit der Auflage, seinen Reisepass bei der Polizei abzugeben, Deutschland nicht zu verlassen und sich Donnerstags und Sonntags in der für seinen Bezirk zuständigen Polizeidienststelle zu melden.

Einige Tage später war ein Journalist einer Boulevard-Zeitung vor seiner Haustür und wollte mit ihm über „die Vorwürfe wegen G20“ sprechen. Tamu lehnte dies ab. Zwei Tage später erschien ein Artikel auf der Titelseite des Boulevard-Blatts. Darin wurden sowohl viele Details aus seinem Leben veröffentlicht als auch Informationen, welche die Zeitung nur aus der Ermittlungsakte der Polizei haben konnte. Sie druckten außerdem zwei Bilder von seinem Couchsurfing-Profil (mit schwarzem Balken vor den Augen). In einem Online-Artikel nannten sie außerdem Informationen aus seinem Lebenslauf, die vermutlich von der Webseite eines ehemaligen Arbeitgebers stammen.

Als Tamu aus beruflichen Gründen die vorübergehende Verlegung der Meldepflicht in eine andere Stadt beantragen wollte, erfuhr seine Anwältin, dass die Staatsanwaltschaft Hamburg Beschwerde gegen die Entscheidung des Haftrichters eingelegt hatte. Scheinbar hatte der Haftrichter formal unzulässig gehandelt, da er eine Haftschonung

nur in Rücksprache mit dem Amtsgericht Hamburg hätte aussprechen dürfen.

Zwei Tage später wollte Tamu seiner Meldepflicht nachkommen. Der diensthabende Polizeibeamte meinte jedoch, ihm liege keine Meldepflicht zu seinem Namen vor. Die Haftschonung war also aufgehoben. Tamus Anwältin versuchte telefonisch zu klären, was diese neue Situation bedeutete, allerdings konnte diese Frage einige Tage lang niemand in der Staatsanwaltschaft oder im Amtsgericht beantworten. Er unterschrieb eine Erklärung, dass er sich im Falle eines neuen Haftrichtertermins oder einer Gewahrsamnahme selber stellen würde. Jedoch war es auch klar, dass dennoch eine spontane Verhaftung aufgrund der angeblichen „Fluchtgefahr“ möglich war – eine knappe Woche rechnete Tamu quasi jeden Moment mit einer erneuten Verhaftung.

Schließlich erreichte seine Anwältin die Vereinbarung eines erneuten Termins, diesmal direkt beim Amtsgericht Hamburg. So konnte er sich mit ihr gemeinsam direkt dem Richter stellen, welcher über die Verhängung einer Untersuchungshaft entscheiden würde.

Der Haftrichtertermin hat gestern, am 6.11.17 um 10:00 Uhr morgens stattgefunden.

Entsprechend der klaren Faktenlage entschied sich der Haftrichter für eine weitere Haftschonung unter folgenden Auflagen: Tamus Pass weiterhin bei der Polizei zu hinterlegen, Deutschland nicht zu verlassen und sich zweimal wöchentlich in der zuständigen Dienststelle zu melden.

Quelle: <https://unitedwestand.blackblogs.org/persoenlicher-bericht-ueber-repression-im-kontext-der-g20-proteste/#more-1484>

Aktionen

März

- 8.: Aktivist*innen des feministischen Mobs ziehen durch die Dresdner Neustadt und Umgebung. Dabei werden feministische Botschaften in Form von Stickern, Plakaten und Parolen angebracht. Auch werden die Fenster vom Kaleb Dresden e.V. mit den Sprüchen „Mein Körper, meine Verantwortung, meine Entscheidung“ und „My body – My choice!“ tapeziert.
- 9.: Die Villa der Burschenschaft „Salamandria“ wird mit Farbe verschönert. Der Schaden wird auf 10.000 Euro geschätzt. Das Haus wurde auch von der „Identitären Bewegung“ genutzt.
- 27.: Ca. 30 Menschen ziehen mit Pyro und Rauch durch die Dresdner Neustadt, sie sorgen für Glasbruch bei der Diskothek „Kiezklub“. Auch Menschen, welche sich der Demo in den Weg stellen wollen oder der rechten Szene zuzuordnen sind, bekommen was ab.
- 28.: Das Auto von Prof. Patzelt brennt aus. In einem Bekennerschreiben heißt es: „Werner Patzelt hat in seinen Büchern, Vorlesungen und Interviews den geistigen Nährboden dafür gelegt, dass in Dresden und Sachsen seit Jahren rassistische Pogrome, faschistische Angriffe und eine ekelhafte konservative Politik passieren.“

April

- 10.- 14.: Unter dem Motto „Fight Borders! Fight Fortress Europe!“ findet an der Universität eine Aktionswoche statt. Dabei werden u.a. Flyer verteilt, Flugblätter geworfen und Banner aufgehängt.
- 24.: Häuser in der Tannen-, der Böhmischen, der Försterei- und der Hechtstraße werden in der Dresdner Neustadt mit Farbe angegriffen. Die Täter*innen solidarisieren sich mit der Friedel 54 in Berlin-Neukölln
- 30.: In der Dresdner-Neustadt brennen zwei Luxusautos.





Anarchist*innen in Belarus

Ein Jahr ist vergangen geprägt von politischem Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse und darauf folgender staatlicher Repression.

Vor allem die Konsequenzen der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg haben ein ungeahntes Ausmaß - das Verbot von Indymedia, die Verurteilungen von Protestierenden zu verhältnismäßig hohen Haftstrafen, andauernde Hausdurchsuchungen, um nur einige Aspekte zu benennen. Nicht nur die Gewalt und Willkür der Polizei gegen die Protestierenden in Hamburg hat vielen Menschen körperlich und emotional zugesetzt. Mit der anhaltenden Repression werden Menschen weiterhin eingeschüchtert. Wichtiger denn je ist deshalb die Solidarität mit den Menschen, die von Repression betroffen sind.

Passt aufeinander auf, seid füreinander da, hört zu und unterstützt euch. Solidarität kann vielfältig sein - ein Gespräch, ein paar Euro in die Solikasse, ein Transpi an der Straßenecke.

Ein Thema, das uns dieses Jahr ebenfalls viel begleitet hat, war die Situation in Belarus. Proteste ungeahnten Ausmaßes haben gezeigt, dass Menschen ihre Angst überwinden und selbst in einem autoritären Regime für ihre Rechte auf die Straße gehen. Deshalb und auf Wunsch der Redaktion "Alles oder Nix" gibt es hier einen Artikel über die aktuelle Situation in Belarus.

Für ein kämpferisches Jahr 2018.

Euer ABC Dresden

www.abccd.org

Anarchist*innen in Belarus

Belarus ist ein kleines Land im östlichen Teil von Europa mit dem Diktator Lukaschenko seit 1994 an der Macht. Der autoritäre Staat, der mit der Hilfe Russlands aufgebaut wurde, ist weltweit als letzte Diktatur Europas bekannt. Während Lukaschenkos Regierungszeit hat sich eine lebendige Punk- und anarchistische Szene entwickelt, die eine der wichtigsten Orte ist, um sich gegen das autoritäre Regierungssystem zu organisieren.

Diktatur?!

Du könntest den Moment verpasst haben als - nach EU-Standards - Belarus aufgehört hat, eine schreckliche Diktatur zu sein, die ihre Gegner*innen ermordet und einsperrt, und sich in ein Land verändert hat, das zu östlichen Partnerschaftsgipfel eingeladen wird, – und damit nicht mehr die letzte Diktatur ist.

Einige Menschen weisen darauf hin, dass die EU 2015 die ökonomischen und politischen Sanktionen fallen gelassen hat, weil Lukaschenko die politischen Gefangenen freigelassen hat. Ab diesem Punkt wurde der Diktator ein Partner. Und in dieser Situation können die europäischen Politiker*innen ihre Augen vor den Rechtsverletzungen verschließen, die in Belarus passieren. Für Politiker*innen in Brüssel scheint es momentan ohnehin besser zu sein, wenn Lukaschenko an der Macht ist, als ein Szenario wie in der Ukraine im Land zu haben mit russischer Machtübernahme.

Obwohl von Moskau aufgebaut, würde Lukaschenko seine Macht über das Land nie an Putin abtreten. Über viele Jahre hinweg hat er versucht, seine Politik zwischen den politischen Polen zu balancieren, um seine eigene Macht zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wird der Schritt Lukaschenkos Richtung Europa von vielen als ein Versuch gesehen, Russland zu zeigen, was passiert, wenn es Belarus nicht mehr unterstützt. Mit dieser Politik kann Belarus gute Geschäfte sowohl mit Russland als auch mit der EU machen - beide konkurrieren um den Einfluss in der Region seit vielen Jahren.

Diese politischen Spielchen machen die Situation im Land selbst allerdings nicht besser. Nicht nur Anarchist*innen, sondern auch Aktivist*innen der politischen Opposition, die viel Unterstützung aus dem Westen erhalten hatten, sind jetzt ständig von Repression bedroht.

Anarchismus im Land

Anarchismus ist nicht neu in der Region. Vor und nach der Russischen Revolution waren Anarchist*innen in verschiedenen Teilen des Landes mit unterschiedlichen Perspektiven präsent. Allerdings wurde die anarchistische Bewegung in den 1920er und 1930er Jahren zerschlagen. Nur wenigen Einzelpersonen war es erlaubt, am Leben zu blei-

ben und ihre Zeit im Gulag oder unter ständiger Kontrolle des NKWD/KGB zu verbringen.

Mit dem zunehmenden Einflussverlust Moskaus Ende der 1980er, Beginn der 1990er Jahre fanden die Ideen des Anarchismus ihren Weg zurück in die Herzen der Menschen in Belarus. Zu dieser Zeit boomten Arbeiter*innen- und ökologische Initiativen und Anarchist*innen spielen durchaus eine wichtige Rolle darin.

Mit vielen Auf und Abs wurde die anarchistische Bewegung bis 2010 aufgebaut. Das stetige Wachsen der Bewegung wurde vom Staat bis dahin weitgehend ignoriert, löste allerdings 2010 eine große Welle an Repression aus. Durch diese Repression endeten mehrere Menschen im Knast, Dutzende wurden von den Cops und dem KGB verhört. Es schien, dass die Repression die gesamte Szene überannte und nur wenige anonym bleiben konnten.

Obwohl Menschen im Knast waren, hörten die anarchistischen Kämpfe nicht auf, und obwohl die Energie zu protestieren verloren war, überlebte die Bewegung zwar mit Verlusten, aber sie existierte weiter. Es wurden Strukturen etabliert, um eine kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen - beginnend mit der "Anarchist Black Cross"-Gruppe bis hin zu Bildungsinitiativen. Aufgrund der dauerhaften Bedrohung von Repression etablierte die Szene sich halb im Untergrund für viele Jahre. Trotzdem fanden 5- bis 10-minütige Aktionen statt zu sozialen Themen - für 5 Minuten fand ein Treffen mit Transparenten, Fahnen und einer Rede mit dem Megafon statt, dann verschwanden alle, bevor die Cops kamen, um alle festzunehmen.

Als Reaktion auf diese kleinen Aktionen nahmen die Cops im Nachhinein gezielt Menschen fest, die sie als Anarchist*innen kannten, sie machten daraus Racheaktionen. Die Menschen wurden für 10 bis 15 Tage inhaftiert. Das konnte die Bewegung allerdings nicht aufhalten. Unabhängig davon machte auch die Punkszene weiter mit Untergrundkonzerten und Festivals in kleinen Klubs oder im Wald. Diese waren und sind immer noch Ziel von Repression durch die Cops. Es kommt dabei zu bizarren Situationen, wenn Riot-Cops mit ihren Bussen in den Wald fahren und im Nirgendwo Punks jagen und verprügeln oder Menschen festnehmen, weil sie in der Öffentlichkeit, also im Wald, trinken.

Letzte Proteste gegen Lukaschenkos Politik und die Beteiligung von Anarchist*innen

Vor diesem Hintergrund fanden sich die Anarchist*innen im Protest gegen das Gesetz Gesellschaftliches Parasitentum - ein von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehntes Gesetz, welches von Lukaschenkos Regierung erlassen wurde und Menschen, die offiziell arbeitslos sind, zur Zahlung einer Arbeitslosensteuer zwingt. Die Einführung dieses Gesetzes führte zu vielen Demonstrationen im gesamten Land. Bei einigen waren auch Anarchist*innen involviert.

Es war ein kleiner Schritt vom Organisieren im kleinen Rahmen zu dem Punkt einer sozialen Bewegung und der Organisierung innerhalb dieser mit sozialen Themen als Hauptfokus. Während der Proteste wurden die Anarchist*innen als eine der bestorganisierten Gruppen wahrgenommen. Sprechchöre mit sozialen Forderungen und die Präsenz mitten im Geschehen eroberten die Herzen vieler.

Allerdings zog diese Popularität auch das Interesse des Staatsapparates nach sich. Das staatliche Fernsehen veröffentlichte einen Propagandafilm, um zu erklären, wer ist wer in der Protestbewegung. In diesem Film wurden Anarchist*innen mit Faschist*innen verglichen, die alles zerstören wollen, was die Menschen für so viele Jahre hatten.

Damit bekamen die Anarchist*innen eine spezielle Behandlung auf den Demonstrationen. Eine riesige Menge an Zivis folgten die ganze Zeit dem anarchistischen Block. Das eskalierte bei einer Demonstration mit der gewaltsamen Festnahme von 30 Menschen, die alle für 10 bis 15 Tage inhaftiert wurden. Während dieser Festnahme wurden auch zufällig umherstehende Menschen festgenommen und für dieselbe Zeit inhaftiert.

Daraufhin folgte eine große Solidarität gegenüber den Anarchist*innen, da sie als diejenigen gesehen wurden, die als erstes von der Gewalt des Staats getroffen wurden. Die Anarchist*innen wurden damit zu einer Alternative zur offiziellen politischen Opposition, die versuchte durch die Sponsoren aus dem Westen zu überleben, die auch mit Lukaschenko zusammenarbeiteten.

Alles endete mit Hunderten Festgenommenen während der Proteste Ende März und dem vorläufigen Ende der Proteste. Trotzdem wurde das Gesetz zurückgenommen und eine Alternative wird gerade entwickelt. Es gab also einen Sieg für einen hohen Preis - Dutzende

neuer Aktivist*innen, die Teil der Untergrundbewegung waren, waren nun bei den Behörden bekannt. Während die Leute im Knast saßen, wurden ihre Wohnungen durchsucht und verschiedene Sachen beschlagnahmt. Viele sahen das erst, nachdem sie aus dem Knast und in eine völlig unordentliche Wohnung kamen, die die Cops meist hinterlassen bei ihren Besuchen.

Das gab Anarchist*innen eine Motivation an die Öffentlichkeit zu gehen. Mehr Initiativen wurden also in der Öffentlichkeit bekannt und zeigten, wer die Anarchist*innen waren. Videos mit Menschen, die ihre Ideen teilten, wurden online geteilt.

Offensichtlich war, dass die Cops nicht aufhörten, Druck auf die Szene auszuüben. Konzerte und öffentliche Veranstaltungen wurden von den Cops angegriffen. Wohnungen von Anarchist*innen, die öffentlich ihre Ideen präsentierten, wurden durchsucht. Aktivist*innen aus anderen Ländern wurden abgeschoben.

Außerdem wurden nach Angriffen auf Polizeierhebung mit Molotovcocktails Menschen zu Knaststrafen verurteilt, womit die Zahl anarchistischer und antifaschistischer Gefangener in belarussischen Knästen weiter anstieg.²

Was kommt als nächstes?

Es ist schwer vorherzusagen, was mit den Anarchist*innen in den nächsten Monaten und Jahren passieren wird. Was wir gesehen haben ist, dass es den Cops trotz der Repression nicht gelungen ist, die Bewegung kaputt zu machen, auch nicht durch lange Strafen.

Was wir auf jeden Fall sehen ist, dass Menschen Kraft haben zurückzuschlagen und die Diktatur im Land zu stürzen.

Die Frage ist auch für uns in Sachsen aktuell - was geht also in Belarus, was hat das mit uns zu tun? Nimm zum Beispiel Syrien, dort versinkt die Revolution im Blut wegen einer Gang von Diktatoren und liberalen Politiker*innen.

Die Sache ist, dass Sachsen bzw. Deutschland noch einen langen Weg haben, um ein Ort wie Syrien zu werden. Trotzdem sind autoritäre Tendenzen nicht unmöglich hier. Mit den kommenden Landtagswahlen in 2019 gibt es die Möglichkeit, dass die AFD an

² Die Liste anarchistischer und antifaschistischer Menschen im Knast findet ihr auf der Webseite des Anarchist Black Cross Belarus - <https://abc-belarus.org>

die Macht kommt. Wenn diese die regionale Regierung übernimmt, dann sind Anarchist*innen, Antifaschist*innen bzw. die ganze linke Bewegung in großer Gefahr. Mit der Tatsache, dass die Cops immer unangenehmer werden, müssen wir lernen mit der dauerhaften Repression umzugehen, ohne dabei all unsere Energie zu verlieren, politisch zu handeln.

Deshalb lohnt es sich, die Situation in Belarus zu verfolgen und zu lernen, dass Repression unvermeidlich ist in unserem Kampf gegen den Staat. Es ist besser vorbereitet zu sein und von anderen zu lernen, als überrascht zu werden von dem, was dann kommt.

Text zugeschickt vom „Anarchist Black Cross Dresden“

Aktionen

Mai

- 7.: Ca. 40 Menschen feiern an der „Krawalle“ in den Tag der Befreiung. Dabei wird viel Pyro gezündet.

Juni

- 11.: Demonstration für ein Bleiberecht und gegen Abschiebungen, sowie die Innenministerkonferenz.
- 17.: Einige Antifaschist*innen protestieren gegen den diesjährigen Naziaufmarsch.
- 29.: In der Pirnaischen Vorstadt brennt ein „Vonovia“ Transporter. In einem Schreiben auf der Internetplattform Linksunten schreiben die Täter*innen von zunehmender Gentrifizierung in dem Viertel. Auch solidarisieren sie sich mit den Protesten in Hamburg zum G20.



Catalonia – the anticapitalist movement in the catalan republic

An introductory article about the situation of Catalonia and the position of some Catalan anarchists.

If some of our Spanish comrades cannot understand the complexity of our position neither can the worldwide fellas. I'm writing this article with my very best English to try to explain the position of a lot of anticapitalist Catalans who support the Catalan Republic.

I'm a member of Embat, a political organization centered on Catalonia who works for social anarchism, so my position comes from this point of view. Some details will not be shared by other positions, such as other anarchists or the left independentist movement (Arran, Endavant, CUP...), but, for what I've seen and heard, there are a lot of similarities.

For what I've seen, there's a lot of ignorance about the participation of the social movements in the Catalan process and every argument is reduced either to nationalists causes or parliamentary actions. First, I'll try to explain the political history of Spain and Catalonia, and then, give you my point of view of what have happened this days and our opinion of this.

Spain

As you should know, Spain has been ruled, for 40 years of democracy, mainly by two parties. The first is Partido Popular (or PP) that represents a wide spectrum of the right and its fundators were members of Franco's government. The other party is Partido Socialista Obrero Español (or PSOE) that represents a left-center position after abandoning the Marxist ideology.

For more than 30 years, nothing have really changed in an deep way in the Spanish state and a popular claim in the Left is that these parties represent the '78 Regime, in reference of the Constitution of 1978 that is still active.

In 2011, after three years of financial crisis, the Occupy movement (called in Spain 15-M movement) appeared and it was an opportunity for different parties to grow, mainly Ciudadanos (a liberal political party) and Podemos (a left-wing party). With Podemos, a lot of

smaller left-wing parties joined them into coalitions to win the municipal elections of 2015. After winning on Barcelona and Madrid, Podemos and the other political parties tried to do the same in the general elections of 2016. Unfortunately, this coalition didn't work, PP won the elections and Podemos got the third position (the second one was for PSOE, of course).

The main social movement in Spain these days is Plataforma de Afectados por la Hipoteca (or PAH), a housing rights movement very close to Podemos. They've done a great work stopping evictions and drove an initiative for housing rights but it was dismissed by the PP government.

So, for now, the only alternative in Spain is represented by Podemos and a possibility of a left coalition in the general elections on 2020. Nevertheless, in the main polls, Podemos is losing votes and PP keeps growing.

Catalonia

In Catalonia, the '78 Regime have its own two-party system protagonists: Convergència i Unió (or Ciu) the wide right-wing party and Partit Socialista de Catalunya or PSC, which is the Catalan federation of PSOE.

In 2011, the Catalan people also joined the 15-M movement and Ciudadanos and Podemos also appeared in the Catalan political spectrum but with less influence. Also, Candidatura d'Unitat Popular (or CUP) appeared as the left independentists party with a clear anticapitalist and feminist approach. The independentists movement started to grow with the creation of the Assemblea Nacional Catalana (or ANC) and the growth in popularity of Òmnium Cultural and the huge protests during the national Catalan day on the 11th of September. These two organizations have national-independentists ideals and are very close to the main independentists coalition Junts Pel Sí. This candidacy rules now the Catalan government have members of the civil society but also from other independentists parties such as Esquerra Republicana de Catalunya (or ERC) and CiU.

So, before the referendum, the only great alternative in Catalonia against the '78 Regime was represented by this independentist movement which have no social content.

At that moment, we understood that we couldn't fight the nationalist ideals neither create an anticapitalist alternative. Nevertheless, we supported the idea that a fracture in the structures of the '78 Regime in Spain could be an opportunity for the anticapitalists collectives to grow, as people will get closer to radical ideals and practices. So, we supported the referendum and the independence without many enthusiasm.

The defense of the Referendum

With the PP government trying to ban the referendum and the possibility of a large scale repression, things changed drastically. On the 20th of September, the Spanish police tried to enter into the CUP headquarters and arrested some official workers from the Catalan government. Also, some Spanish unionists protests started to happen, with the participation of many fascist groups.

In many villages and neighborhoods, the left independentist movement started the creation of *Comitès de Defensa del Referèndum* (or CDRs) which are local popular committees to defend the neighborhoods and electoral colleges from the Spanish police and fascists.

We understood that this independentist movement had become something more than a nationalist or parliamentary movement. It had become a social movement, diverse and with a lot of potential. As anarchists, we thought that, it would be better for our movement to participate in these committees, so we should have an opportunity to propose our practices and ideas and relate with people that normally see us as freaks. In our neighborhoods and villages we also started or joined the CDRs.

For example, in the neighborhood of Vallcarca (Barcelona), the anarchists were one of the firsts to propose the creation of a local committee. The main squatted social center became the headquarters of the committee and the reunions were made in assembly, taking turns and being as horizontal as possible.

Also, the alternative worker unions (mostly CGT, COS and IAC) started to talk about a general strike in the 3rd of October in order to answer in case of a big repression.

On the day of the referendum, the Spanish police attacked with brutal violence some of the election colleges, causing nearly a thousand

injured in Catalonia, but the committees answered with direct action methods. Trucks and vehicles from the rural areas blocked the way for the police, people hid the urns, change it for fake ones, made human walls, organized the communication and the care for the injured, etc. There was an universal census for the referendum (we could vote in wherever college we wanted) so there was a great coordination within the committees to redirect the voters to other closer colleges. At the end, the participation for the referendum was on the 42% and only the 14% of electoral colleges were closed although nearly 20000 Spanish policemen were deployed in the Catalan territory.

The general strike started two days later with ANC, Òmnium Cultural and some employer organizations joining. In front of the cameras, the strike had none labour content, but it had been driven by the alternative unions. Neither CCOO and UGT, the main Spanish unions, were part of the strike.

On the next days we saw the rising of the fascists in many protests that ended up with some people injured in Barcelona, Valencia and Mallorca with the total complicity of the Spanish police and government. On the other hand, the CDRs have started to grow and increase, becoming a local defense spot for the declaration of independence. However, ANC and Òmnium Cultural still have an important influence over the movement that we must dispute.

Our position for now on

What we've seen these days is the polarization of the Spanish and Catalan society into more radical positions, a political fracture that is nowadays represented by the declaration of the Catalan Republic and the suspension of the Catalan autonomy with the 155th article of the Spanish Constitution. We have a great portion of the independentists movement turning to the left and some worker organizations trying to maintain this pulse with the right wing parties.

We have also a rising of the fascism, mostly in the Spanish territory and there's no movement capable of confronting it. Podemos is trying to have a kind profile in order to win the next elections (they are confronting both the declaration of independence and the Spanish government repression).

In Catalonia, we must keep pushing for the defense of the Republic from the CDRs. In order to create a great left pole, we must start talking about the constituent process that follows the declaration of independence. This could mean the empowering of the anticapitalist organizations and the regaining of rights for the workers, the women and the environment. Maybe we have an opportunity of having something more than another liberal European state.

We also understand that this fracture can be an expansive wave into other movements to grow in Spain and Europe, so we think that defending the Catalan Republic from a left-wing point of view in Europe could mean in the growing of the popular movements around the continent. I think that's the reason the Kurdish movement is supporting us.

So I wrote this to explain our position, but also to ask for solidarity in a political level. Please, spread the word with other anticapitalists, feminists, ecologists, anarchists and other radical leftist and keep fighting.

Aitor Tarradella, November 2017.

Quelle: <https://enoughisenough14.org/2017/11/11/catalonia-the-anticapitalist-movement-in-the-catalan-republic/>

Aktionen

Juli

- 4.: Mit einem Transparent zeigen sich Menschen solidarisch, mit Personen welche vor dem G20 Gipfel mit Repressalien überzogen wurden.
- 6.: Antifaschist*innen demonstrieren gegen eine AfD Veranstaltung in der Innenstadt.
- 7.: Rund 15 Menschen zeigen sich mit einer Versammlung am Albertplatz solidarisch mit den Protestierenden in Hamburg zum G20.
- 10.: Unbekannte markieren den Fußweg vor dem Polizeirevier in Pieschen mit roter Farbe. Die Täter*innen wollen damit auf die Polizeigewalt beim G20 aufmerksam machen.

August

- 12.: Ein Mann zeigt am Vormittag in der Dresdner Neustadt mehrfach den Hitler Gruß, daraufhin bekommt er was auf die Mütze.
- 13.: Mit einem Transparent erinnern Antifaschist*innen an die in Amerika, von einem Faschisten, ermordete Heather Heyer.



Anarchistisches Netzwerk Dresden stellt sich vor

Im Frühjahr dieses Jahres haben sich verschiedene Menschen zusammengefunden und das Anarchistische Netzwerk gegründet. Am 1. April gab's die Einladung zum ersten gemeinsamen Treffen. Es gab den Wunsch sich mit Menschen zu vernetzen, die sich für anarchistische Themen interessieren, und Anarchismus als gesellschaftliche Utopie und Praxis in der Stadt ein bisschen präserter zu machen. Jetzt treffen wir uns jeden letzten Samstag im Monat, essen zusammen, tauschen uns aus, basteln mal oder planen gemeinsame Aktionen. Aus dem Netzwerk sind zwei kontinuierliche Projekte entstanden. Einmal das Circle-A, ein Magazin für Solidarität im Alltag, welches alle drei Monate erscheint. Dort findet ihr verschiedene Texte, Gedichte, Reportagen, Interviews, Comics und vieles mehr. Die Themen sind vielfältig und es wird versucht immer auch Artikel mit einem lokalen Bezug mit dabei zu haben. Wenn ihr Lust habt auf Schreiben, Dichten, Zeichnen oder euch direkt beim Redaktionskollektiv beteiligen wollt, dann seid ihr herzlich willkommen. Das zweite Projekt ist der Anarchistische Hörfunk, die anarchistische Radiosendung aus Dresden. Seit Mai 2017 wird die Sendung einmal im Monat auf Coloradio ausgestrahlt. Im Jingle des Radios heißt es: „Wir reden über anarchistische und antiautoritäre Ideen in Theorie und Praxis, Geschichte und Gegenwart.“ Bisher hat das Radio sieben Sendungen ausgestrahlt, mit sehr unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, welche vom 1. Mai, über Bildung, Knast und Strafe, den G20-Gipfel, Parlamentarismus und Wahlen, bis hin zu Solidarität und Überwachung reichen. Der Anarchistische Hörfunk Dresden freut sich natürlich immer über neue Leute, die auch Lust haben, mehr über Radio zu erfahren und auch selbst an einer Radiosendung mitwirken wollen.

Alles was beim Anarchistischen Netzwerk so passiert findest du auf: www.and.notraces.net

Text zugeschickt vom „Anarchistischen Netzwerk Dresden“

Aktionen

September

- 10.: Aktivist*innen bringen ein Banner an der Stauffenbergalleebrücke zur „International Week of Solidarity with Anarchist Prisoners“ an.
- 16.: In den Morgenstunden stören einige Menschen die Abfahrt des Busses von Abtreibungsgegner*innen am Hauptbahnhof, welcher auf dem Weg zum „Marsch für das Leben“ in Berlin ist. Die Aktivist*innen bekleben den Bus mit feministischen Stickers und verteilen Flyer.
- 17.: Ein AfD'ler wird vor einem Infostand der AfD fast angefahren. Im Anschluss wirft der Fahrer das Infomaterial herum und verprügelt einen der Wahlhelfer. Dieser muss später im Krankenhaus behandelt werden.
- 18.: Rund 80 Menschen versuchen eine Abschiebung zu verhindern. Leider gelingt das nicht, im Anschluss gibt es Spontandemonstrationen durch das Hechtviertel und die Neustadt.
- 22.: 250 Menschen demonstrieren im Hechtviertel gegen die Abschiebung eines Vaters, sowie seiner zwei kleinen Söhne. Im Anschluss demonstrieren etwa 400 Menschen gegen eine Veranstaltung der „Heidenauer Wellenlänge“ im Alaunenpark.
- 24.: Am Wahlabend demonstrieren etwa 200 Menschen gegen den Einzug der AfD in den Bundestag.

Oktober

- 8.: An die Frauenkirche wird „Bomber Harris was here“ gesprüht.
- 18.: Etwa 30 Menschen versuchen eine Abschiebung einer Familie mit Sitzblockaden zu verhindern. Die Familie wird leider trotzdem in den Kosovo abgeschoben.
- 23.: Oli wird im Berufungsprozess zu einer Geldstrafe verurteilt. Vor Prozessbeginn zeigen sich Menschen in einer Kundgebung vor dem Gericht solidarisch.
- 28.: Mit mehreren Demos zeigen Antifaschist*innen was sie vom dritten PEGIDA Geburtstag halten.



Die Dresdner Identitären und ihr Umfeld

Beinahe ungestört haben Neofaschist*innen in Dresden eine Ortsgruppe der "Identitären Bewegung" aufbauen können. Es wird Zeit, sie aus der Deckung zu holen.

Die Identitären sind ein relativ junges Phänomen der außerparlamentarischen Rechten. Ihre so genannte "neurechte" Ideologie wurde in den 1970er Jahren entwickelt, ideologische Vorläufer sind aber bereits in der Weimarer Republik bei Antidemokraten und Wegbereitern des Nationalsozialismus zu finden. Mit Kampfbegriffen wie "Remigration" und "Festung Europa" wird ein ethnisch beziehungsweise kulturell "reines" Volk propagiert, das vor vermeintlich schädlichen Einflüssen wie dem Islam, Einwanderung oder emanzipatorischen Errungenschaften geschützt werden müsse. Das klingt nicht ohne Grund nach dem NS-Konzept einer homogenen Volksgemeinschaft. Analog zur NPD-Strategie des "Kampfs um die Köpfe" versuchen Identitäre im vorpolitischen Raum auf die Gesellschaft einzuwirken. Trotz ihrer Inszenierung als "friedliche Jugendbewegung" spielt Gewalt dabei eine zentrale Rolle, sowohl in der Sprache, als auch auf der Straße, wie aktuelle Beispiele in Halle (Saale) zeigen.

Das gilt auch für die Dresdner Ortsgruppe: Wöchentliches Kampfttraining mit dem Pegida-Mitbegründer und AFD-Mitglied Achim Exner und ein wehrsportartiges Trainingswochenende in Südbrandenburg zeugen von Vorbereitungen auf einen Straßenkampf. Neben der Mitgliedschaft mehrerer Identitärer in schlagenden Burschenschaften (beispielsweise mder Salamandria auf der Bernhardstraße 98), der Akademischen Damenverbindung Regina Maria-Josepha zu Dresden oder Vernetzung zur Jungen Alternative, werden auch die Verbindungen in ein klassisches neonazistisches Milieu aus Dresden immer deutlicher. So geschehen bei einer Aktion gegen eine NGO in Dresden, an der neben der IB-Kerngruppe auch der Nazi und Hooligan Sebastian Reiche beteiligt war. In diesem Artikel sollen einige der Protagonist*innen vorgestellt werden.

Martin Bader



Als Ortsgruppenleiter ist Bader in der letzten Zeit an beinahe jeder lokalen sowie mehreren überregionalen IB-Aktionen beteiligt. Als Beispiele hierfür wären die Banneraktion gegen das Busmonument im Februar 2017 in Dresden und der blockierte Aufmarsch der Identitären am 17.

Juni in Berlin zu nennen. Gerade bei letzterem lief beinahe die gesamte damalige Ortsgruppe mit. Von Februar bis Mai 2017 absolvierte Bader ein Praktikum beim Ein Prozent e.V., vorher verfasste er Aufsätze für den Internetblog "Einwanderungskritik" und die "Blaue Narzisse", die beide vom Dresdner Felix Menzel betrieben werden. Im April 2017 beteiligte er sich an einem Kongress der italienischen CasaPound. Dort trat der Vorsitzende des Ein Prozent e.V. Philip Stein als Referent auf. Bader ist Aktivensprecher der Burschenschaft Salamandria und lebt in einer Beziehung mit Madeleine Ahrens.

Freya Honold



Die aus Köln stammende Freya Honold ist eines der aktivsten IB-Mitglieder in Dresden. Auch ihre Geschwister sind im Umfeld der IB anzutreffen. Sie studiert im

3. Semester Biologie an der TU-Dresden und war an der gescheiterten Besetzung des Justizministeriums in Berlin beteiligt. Immer wieder ist sie bei bundesweiten IB-Aktionen vor Ort, so neben Berlin auch in Halle, Magdeburg und Cottbus. Wie Madeleine Ahrens gehört sie der Akademischen Damenverbindung Regina Maria-Josepha (RMJ) an. Für den antifeministischen Blog "radikal feminin" schreibt Honold unter dem Pseudonym "Fenya". In ihrem bisher einzigen Text versucht sie vergeblich, von ihr bevorzugte überholte Geschlechterverhältnisse mit ihrer eigenen Lebenserfahrung in Einklang zu bringen. Dabei zeugt der Aufsatz nicht nur von einer romantisierten, realitätsfernen Lebensvorstellung, sondern verharmlost zudem patriarchale Verhältnisse und daraus resultierende Benachteiligung von Frauen.

Yannick Pochert



Der als Yannick Plisson in Frankreich geborene 22-Jährige ist in der Dresdner Ausenstelle der schlagenden Burschenschaft Arminia zu Leipzig aktiv. Seit Oktober 2016 nahm er an zahlreichen Aktionen der Identitären teil. Das sind vor allem Bannerdrops, beispielsweise während einer Veranstaltung von Heiko Maas im Juli 2017. Der Maschinenbaustudent trat mehrere Monate als Mitglied der Jungen Alternative Dresden auf. Im Internet verherrlicht er den Holocaust, zeigt deutlich seinen Hass auf Juden und Muslime und bekundet seine Sympathie für Adolf Hitler.

Aline Catinca Manescu



Das Kind rumänischer Eltern gehört mit den Identitären einer Gruppierung an, die von sich behauptet: "Wir sind die Jugend ohne Migrationshintergrund". Die glühende Antikommunistin beteiligte sich an überregionalen Aktionen in Berlin und Magdeburg. Im September 2017

nahm die in Aschaffenburg geborene Aline gemeinsam mit Freya Honold und Yannick Pochert an einem Schulungswochenende in Schnellroda teil. Sie nimmt für die IB-Dresden in Interviews eine öffentliche Funktion ein und ist gelegentlich zusammen mit der Berlinerin Paula Winterfeldt in Videos des Youtube-Kanals "Laut gedacht" zu sehen, der von den Identitären Alexander Kleine und Philip Thaler betrieben wird.

Madeleine Ahrens



Die Kunststudentin beteiligt sich vereinzelt an Aktionen der Ortsgruppe. Dazu gehört die Anbringung eines Transparents am Busmonument am 20. Februar 2017, damals unter Mitwirkung des Co-Leiters der IB-Österreich Martin Sellner, ebenso eine weitere Aktion am 9. November

ber 2017 gegen die Seenotrettungsorganisation Mission Lifeline. Auch bei der rechtsextremen "Festung Europa"-Kundgebung am 03.

Oktober 2016 am Blauen Wunder, auf der die bundesweit bekannte Hooliganband Kategorie C spielte, war die 1991 geborene Madeleine mit weiteren Identitären vor Ort. Sie lebt in einer Beziehung mit Martin Bader.

Jan Blechschmidt



Der am 29. September 1984 geborene Blechschmidt ist eines der dienstältesten Mitglieder der Dresdner Ortsgruppe. Er war an der ersten Dresdner IB-Aktion im Januar 2015 gegen den Sächsischen Landtag beteiligt, die damals vor allem von sächsischen Identitären anderer Ortsgruppen getragen wurde. Auch bei der IB-Demo am 17. Juni 2017 war Blechschmidt dabei. Bereits 2011 nahm er am 19. Februar am sogenannten "Trauermarsch" des (neo-)nazistischen "Aktionsbündniss gegen das Vergessen" in Dresden teil. Der NSBM-Fan ("National Socialist Black Metal") ist durch sein Wikinger-Reenactment im Axt- und Schwertkampf geschult.

Claudia von Zabuesnig



Claudia v. Zabuesnig, 1989 geboren, ist schon länger im Rahmen der IB aktiv. Bereits im Januar 2016 posierte Claudia zusammen mit dem Österreicher Martin Lichtmesz in einem "Still not loving Antifa"-Shirt für den identitären "Phalanx Europa"-Versand. Im

Herbst 2015 war sie mit einer Abordnung der Identitären bei der rassistischen Blockade der Asylunterkunft auf der Thaeterstraße in Dresden-Übigau anzutreffen. Ob sie dort auch Kontakt zu Mitgliedern der gerade wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" vor Gericht stehenden Gruppe Freital hatte, kann nur Spekulation sein. Die in der Personalverwaltung der TU Dresden arbeitende Zabuesnig nahm mit weiteren Identitären an der "Festung Europa"-Kundgebung von Tatjana Festerling am 16. Mai 2016 teil.

Egon Oelsner



Der 1998 geborene Egon Oelsner ist mindestens seit dem 16. Oktober 2017, dem zweiten Jahrestag der Pegidabewegung, Teil der IB-Dresden. Seitdem beteiligt er sich regelmäßig an lokalen Aktionen, etwa beim Aufhängen eines Banners vor dem Haupt-

bahnhof. Auch er nahm an der Demonstration am 17. Juni 2017 in Berlin teil. Der 19-jährige Industriemechaniker trägt hin und wieder

Kleidung der extrem rechten Modemarke "European Brotherhood". Sein Vater, der CDU-Gemeinderat Detlef Oelsner, war am 1. Juni 2016 an einem rassistischen Übergriff beteiligt, bei dem ein Iraker getreten, geschlagen und an einen Baum gefesselt wurde. Für den Prozess sammelte der Ein Prozent e.V. innerhalb kürzester Zeit mit einer Kampagne 20.000 Euro Spenden ein, um die Angeklagten zu unterstützen. Am Ende wurde das Verfahren unter zweifelhaften Umständen eingestellt, die Begründung: mangelndes öffentliches Interesse. Als Teil dieser Kampagne hielt Egons Mutter Katrin Oelsner eine Rede auf einer Pegidakundgebung.

Marco Hebestadt



Der 1983 geborene Marco Hebestadt ist seit Jahren politisch aktiv: Früher als "Politiker" der antisemitischen und tendenziell rechtsextremen Partei BüSo ("Bürgerrechtsbewegung Solidarität"), heute als Identitärer. Der 34-Jährige nahm an zahlreichen Aktionen

der IB Dresden teil, etwa bei der Aktion gegen das Busmonument im Februar 2017. Im Oktober 2017 betreute er mit weiteren Identitären einen Infostand der Kontrakultur Halle. Am 12. Juli 2017 befand er sich mit weiteren Dresdner Identitären in der Faschist*innenansammlung vor dem Haus der Kontrakultur. Knapp zwei Monate zuvor versuchte Hebestadt mit zahlreichen weiteren Identitären vergeblich das Justizministerium in Berlin zu stürmen.

Michael Schäfer



Michael Schäfer kann auf eine lange Karriere zurückblicken:

Zunächst in der CDU und später als Teil der militanten neonazistischen "Wenigeröder Aktionsfront", der NPD und ihrer Jugendorganisation JN, der er zeitweise als Bundesleiter vorstand. Heute zählt er zum Umfeld

der Dresdner Identitären. Zusammen mit Julian Monaco und Philip Stein arbeitet Schäfer im Büro des rechtsextremen Netzwerks Ein Prozent e.V. und referiert in dieser Funktion bei Ein Prozent-Veranstaltungen, aber auch auf Einladung der AfD-nahen Erasmus-Stiftung Brandenburg. Wie auch mehrere Mitglieder der Kontrakultur Halle gehört Schäfer der Halle-Leobener Burschenschaft Germania an. Am 11. Juli 2017 versammelte er sich gemeinsam mit Identitären unter anderem aus Halle und Dresden vor dem Haus der Kontrakultur, als eine antifaschistische Demonstration an der Immobilie vorbeizog. Im Haus befindet sich auch das Büro des AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider.

Julian Monaco



Julian Monacos Karriere ähnelt der von Michael Schäfer: Zunächst in der militanten Kameradschaftsszene aktiv, später JN-Landesvorsitzender in Niedersachsen und Mitglied im JN-Bundesvorstand, heute Mitarbeiter beim Ein Prozent e.V. 2010

attestiert ihm das Niedersächsische Innenministerium "umfangreiche überregionale Szenekontakte", in dieser Zeit dürfte er die Bekanntschaft mit heutigen Identitären wie dem aus Delmenhorst stammenden Mario Müller gemacht haben. Monaco studiert Law in Context an der TU Dresden und ist Mitglied der Dresdner Burschenschaft Salamandria. Seine Freundin Katharina Fischer gehört der Damenverbindung RMJ an. Auch Monaco gehörte zu den Personen, die sich am 12. Juli 2017 vor dem Haus der Kontrakultur Halle versammelten.

Druck machen

Dies ist nur ein Ausschnitt der Akteure und Akteurinnen der neuen Rechten in Dresden. Viele von ihnen haben das Gefühl, ihre rassistische Politik ohne größere Widerstände umsetzen zu können. Es gilt sie aus der Deckung zu holen! Ihnen zeigen, das ihr treiben nicht unbeobachtet bleibt. Wir haben einen ersten Schritt gemacht, und am Wochenende Plakate mit den Gesichtern der führenden IBLern aus Dresden an der Uni verklebt. Dies ist nur der erste von vielen noch zu gehenden Schritten. Helft auch ihr uns dabei, das treiben der Identitären nicht unbeobachtet zu lassen. Macht Aktionen und/oder gebt uns Informationen weiter. Erreichen könnt ihr uns unter: druckmachendd@systemli.org (PGP-Key auf Anfrage)

Quelle: <https://de.indymedia.org/node/15992>

Aktionen

November

- 1.: Vor dem Landgericht in Dresden demonstrieren Antifaschist*innen um auf den bald stattfindenden Prozess gegen sieben Menschen aufmerksam zu machen. Sie werden angeklagt 2012 einen NPD LKW blockiert zu haben.
- 2.: Im Gedenken an den 6. Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU, führen Aktivist*innen in Löbtau eine Plakataktion mit Bildern der neun Opfer durch.
- 9.: Mehr als 100 Menschen beteiligen sich an einem Gedenkrundgang in der Neustadt anlässlich des Reichspogromnacht. An anderen Orten werden Stolpersteine geputzt, sowie Kerzen und Rosen abgelegt. Am Abend blockieren Aktivist*innen einen Autokorso vom PEGIDA Umfeld, welcher mit Deutschlandfahnen und Hupen durch die Innenstadt fährt.
- 23.: In direkter Nähe zum „Amazon Development Center Dresden“ wird ein Transpi aufgehängt, welches sich solidarisch mit der „Make Amazon Pay“ Kampagne zeigt.
- 28.: Eine Gruppe von ca. 25 Personen vermiest die Kneipentour der Damenverbindung Regina-Maria Josepha angeführt von der Identitären Freya Hanold durch gekonnten Einsatz von Wasser im Winter.

Dezember

- 6.: Aktivist*innen der „Nationalismus ist keine Alternative“ Kampagne mauern die Tür vom Büro der Rassist*innen-gruppe „Einprozent“ zu.
- 12.: Nazis der „Identitären Bewegung Dresden“ werden mit Plakaten an der Uni geoutet.
- 16.: Gegen das „Weihnachtssingen“ von PEGIDA demonstrierten Antifaschist*innen in Form einer Demo.
- 24.: Antifaschist*innen sprühen Bauschaum in Briefkästen der Burschenschaft Salamandria (Bernhardstraße 98), dem rechten Verlag Blaue Narzisse (Franklinstraße 19) und von Jan Blechschmidt (Hopfgartenstraße 8), Mitglied der Identitären Bewegung.





Flucht, Radikal-Demokratie und Selbstverwaltung - Ein einführender Bericht

In alle Himmelsrichtungen verteilt

Die Geschichte der Kurd*innen ist von Krieg, Flucht und Migration, aber eben auch von immer neuen Aufständen, Aufbrüchen und Versuchen, die ewige Spirale eines ethnisierten Konfliktes zu beenden, geprägt. Durch das kolonial diktierte Sykes-Picot-Abkommen (1916), die, nach dem Sieg gegen das osmanische Reich, folgende Staatsbildung des Iraks (1920) und den Vertrag von Lausanne (1923) verteilten sich die kurdischen Siedlungsgebiete³ auf vier Nationalstaaten: Bakur (Nord-Kurdistan) entspricht dem kurdischen Gebiet in der Türkei, Başur (Süd-Kurdistan) entspricht in etwa der quasi autonomen Region Nord-Irak, Rojalat (Ost-Kurdistan) sind die Gebiete im Iran und Rojava (West-Kurdistan) ist das heutige Nord-Syrien⁴. Die Herausbildung der Nationalstaaten machte die Kurd*innen immer wieder zu verfolgten und vertriebenen Minderheiten. Etwa 38 Millionen Kurd*innen leben in diesen Gebieten⁵. In Deutschland leben etwa 700.000 bis 800.000 Kurd*innen. Insgesamt sind etwa 3,29 Millionen Kurd*innen in der Diaspora⁶.

Die ausgeprägten Selbstverwaltungsstrukturen in den kurdischen Gebieten der Türkei waren der Grund warum ich im November 2016 den Entschluss fasste, nach Süd-Ost-Anatolien gehen zu wollen. Von vielen Freund*innen wurde mir jedoch abgeraten in die Gebiete im Süd-Osten der Türkei zu fahren, da die Selbstverwaltungsstrukturen der demokratischen Autonomie durch die Eskalation im Bürgerkrieg

³ Das Siedlungsgebiet der Kurd*innen liegt in Vorderasien und umfasst etwa 500.000 km². Zum Vergleich umfasst die Fläche Deutschlands 357.376 km².

⁴ Für eine besserer Verständlichkeit verwende ich im Folgenden die deutschen Bezeichnungen

⁵ Davon leben etwa 18 Millionen in der Türkei, im Iran ca. 8 Millionen, im Irak 7 Millionen und in Syrien rund 2 Millionen.

⁶ Zahlen von 2002 vgl.: NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V. (2002): <https://kurdische-gemeinde.de/demographie/> Stand: 13.11.2017, Jedoch ist eine genau Zählung nicht möglich, denn in vielen Ländern werden Kurd*innen nicht extra erfasst.

zwischen etwa September 2015 und Februar 2016⁷ wortwörtlich in Schutt und Asche gelegt wurden. Hunderte Tote, tausende zerstörte Wohnungen und Häuser, allein 10.000 flüchtende Menschen aus Diyarbakir und mehr als 300.000 Binnenflüchtlinge insgesamt waren die Folgen, die bis heute spürbar sind. Dazu war die Sicherheitslage höchst angespannt, grundlegende Rechte wie Demonstrations-, Meinungs- oder Pressefreiheit gab es de facto nicht mehr. Unter diesen Umständen würde ich den Freund*innen vor Ort nur zur Last fallen.

Viele Kurd*innen fühlten sich an die Situation in den 1980er und 1990er Jahren erinnert – eines der vielen Traumata im kollektiven Gedächtnis der kurdischen Bevölkerung. Ich begann mich mit der Geschichte dieses Zeitraums genauer zu befassen. Damals mussten Millionen von Kurd*innen u.a. aufgrund systematischer Vertreibungen, ständiger Übergriffe durch das türkische Militär, dem Abbrennen tausender Dörfer und des Abschneidens von der Lebensmittelversorgung, fliehen. In diesem Schrecken, in diesem Versuch eines Genozids gegen die Kurd*innen in der Türkei, liegen die Wurzeln des Flüchtlingslagers Mexmûr.

Aller Anfang ist leicht – eine Delegation nach Süd-Kurdistan

Wütend auf die Umstände und die massive Gewalt seitens der türkischen Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung, aber auch etwas frustriert eine Chance auf Einblicke in die kurdischen Strukturen vertan zu haben, entschied ich mich nun also nicht nach Bakur zu fahren. Im Dezember 2016 erfuhr ich durch einen Freund des Lower Class Magazins von Mexmûr. Ein sog. Flüchtlingslager in Süd-Kurdistan (Irakisch-Kurdistan) eingekesselt vom Städteck Kirkuk-Mossul-Erbil (Kerkûk-Mûsil-Hewlêr), und damit in einer der, zu Beginn 2017, wohl gefährlichsten Gegenden der Erde. Die Entscheidung mit einer kleinen „Delegation“ dieses „Projekt“ der demokratischen Autonomie zu besuchen, war schnell gefasst. Es dauerte auch

⁷ Zu nennen wäre hier die Angriffe durch die das türkische Militär und Sicherheitskräfte auf die Provinzen:
Diyarbakir (Städte: Dyarbakir-Sur, Çınar, Lice)
Mardin (Städte: Mardin, Nusaybin)
Şırnak (Städte: Şırnak, Cizre, Silopi)

keinen Monat und die „Delegation“, wir waren zu dritt, war komplett: ein Mitglied des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan (YXK), der Künstler und Comiczeichner Ricaletto und ich vom Internationalistischen Zentrum Dresden. Es hört sich etwas verrückt an, besonders, wenn man sich die Warnungen des Auswärtigen Amtes anschaut, aber wir haben alle unsere Pläne innerhalb von zwei Wochen, mit wenigen Treffen und ohne ein großes Sicherheitskonzept festgelegt: „Grundlage jeder Reise, die entgegen dieser Reisewarnung durchgeführt wird, sollte ein tragfähiges professionelles Sicherheitskonzept sein. Elemente eines professionellen Sicherheitskonzepts können insbesondere die Verwendung sondergeschützter Fahrzeuge, der Einsatz einer angemessenen Anzahl von Sicherheitskräften sowie die fachliche Beratung durch Sicherheitspersonal nach Voraufklärung und Planung der Fahrtrouten sein.“ In unserem Fall leistete wohl die HPG-Guerilla den Schutz durch „Sicherheitskräfte“ und unsere lokalen und guten Verbindungen waren unser „professionelles Sicherheitskonzept“. Eine große Hilfe war unser kurdischer Freund der YXK. Ohne seine Sprach- und Ortskenntnisse, sowie seine Kontakte, wäre diese Delegation in diesem Umfang, Ausmaß und vor allem mit so kurzer Vorbereitungszeit nicht vorstellbar gewesen. Ricaletto und ich verdanken ihm viel.

Am 16. Januar früh morgens und nach einigen Scherereien, die das Personal am Check-In unserem kurdischen Freund aufgrund seines Aufenthaltsstatus machte, flogen wir von Düsseldorf via Direktflug in die rund 4.500 km entfernte Stadt Silemani (Sulaimaniya). Von da aus begann unsere einmonatige Reise. Wir machten auch in Kirkuk, Daqûq, einem kleines Siedlungsgebiet der Kaka'i und damaliger Frontabschnitt zum sog. Islamischen Staat, der Hauptstadt Erbil⁸, Şêxan, Laliş, dem Heiligtum der Yezid*innen und dem Qendîl-Gebirge, dem Rückzugsgebiet der PKK und ihrem militärischen Arm der HPG und YJA-Star, halt. Alle Zwischenstationen und die Erlebnisse dort zu beschreiben, würde den Umfang dieses Berichtes sprengen und schließlich war unser Hauptziel Mexmûr. Die Geschichte und Gegenwart des Camps Mexmûr hat Ricaletto in seiner

⁸ Die Hauptstadt Süd-Kurdistans bzw. der quasi autonomen Region Nord-Irak

Graphic Novel beschrieben. Es erscheint an dieser Stelle sinnvoll ein paar Hintergrundinformationen zur Situation und Geschichte Süd-Kurdistans zu geben, um eine bessere Einordnung zu ermöglichen.

Menschenrechtssituation

Die Lage in Bezug auf Meinungs- und Pressefreiheit ist sehr bedenklich. Die NGO Metro Center berichtet 2016 von 175 Verstößen gegen die Presse- und Meinungsfreiheit die u.a. Morde, Folter, Schläge, Entführungen, aber auch „das Terrorisieren mittels Handgranaten“ umfassen. Seit 2010 wurden sechs Journalisten ermordet. Und da die Boomjahre der frühen 2000er Jahre vorbei sind, entlassen viele Medien ihre Mitarbeiter*innen, was die Situation neben all dem Druck durch die amtierenden politischen Parteien weiter verschlechtert. Auch um die Rechte der Frauen und LGBTQI9 ist es schlecht bestellt. Es kommt immer wieder zu Genitalverstümmelungen, Übergriffen und Misshandlungen und oft als Selbstverbrennungen getarnte Ehrenmorde. Daran ändert auch eine gesetzlich festgeschriebene 30% Frauenquote nichts. LGBTQI-Menschen verfügen kaum über Vertretungsorganisationen, homosexuelle Handlungen stehen faktisch unter Strafe. Zînê, eine Frauenrechtsaktivistin, erzählte uns in einem Interview, dass ihre Organisation REPAK durch ständige Belästigungen seitens der Behörden aus Erbil vertrieben wurde. Es kam zu Hausdurchsuchungen und der Beschlagnahme von Rechnern, Telefonen und Unterlagen. Um ihre Arbeit trotzdem fortsetzen zu können, musste sie mit ihrem Büro in das liberalere Sulaimaniya umziehen.

Geschichte und Gegenwart der autonomen Region Süd-Kurdistan (Nord-Irak)

1991 gegen Ende des zweiten Golfkrieges¹⁰, ermutigt durch Äußerungen von George Bush und Sir John Major (Premierminister des

⁹ Abkürzung für lesbian, gay, bi-sexual, trans, queer und intersexual

¹⁰ **Erster Golfkrieg:** Iran-Irak-Krieg vom 22. September 1980 bis zum 20. August 1988

Zweiter Golfkrieg: Anlass war die Kuwait-Invasion durch den Irak. Darauf folgend kam es zu einer militärischen Intervention einer westlichen Koalition angeführt von den USA gegen den Irak (Operation Desert Storm). Legitimiert wurde der Krieg durch die Resolution 678 des UN-Sicherheitsrates. Die

UK und Nachfolger Thatchers), kam es zu Aufständen im Irak. Am 3. März 1991 rebellierten zuerst die Schiiten im Süden und nur wenige Tage später die Kurd*innen im Norden des Irak gegen das Baath-Regime unter Saddam Hussein. Polizist*innen und Geheimdienstmitarbeiter*innen wurden vertrieben oder getötet, Gefängnisse befreit. Das ehemalige Foltergefängnis Amna Suraka (Rotes Gefängnis) war Sitz des berüchtigten Geheimdienstes Mukhabarat und liegt im Herzen von Sulaymania. Es zeugt durch eine Ausstellung noch bis heute von der unglaublichen Brutalität mit dem das Regime gegen die Kurd*innen und Dissident*innen vorging¹¹. Anders als nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hatten die USA, wohl aus Angst vor einem schiitischen Machtgewinn in der Region¹², zu diesem Zeitpunkt den Sturz Husseins noch nicht ins Auge gefasst. Die Aufstände konnten so relativ rasch und äußerst brutal niedergeschlagen werden. Es folgte ein großer Exodus der Kurd*innen in die Türkei und den Iran.

Die USA und Großbritannien richteten daraufhin eine Flugverbotszone südlich des 36. Breitengrades ein. Unter diesen Bedingungen wurde eine international geduldete kurdische Autonomie, einschließlich eigener Nationalfahne, Hymne und einem eigenem Parlament

Kriegsdauer umfasste knapp zwei Monate vom 17. Januar 1991 bis 5. März 1991

Dritter Golfkrieg: Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begonnener Angriffskrieg: Geführt wurde er von einer „Koalition der Willigen“ (nach Angaben der USA 43 Mitglieder) unter Federführung der USA. Er war nicht durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates legitimiert und damit völkerrechtswidrig. Der Krieg dauerte vom 20. März 2003 bis zum 01. Mai 2003 und es folgte eine Besetzung des Iraks bis 2011.

Vgl. auch : Fürtig, Henner (2016): Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis heute. 3. überarbeitete und aktualisierte Auflage. S. 112 – 183. C.H. Beck München

¹¹ Der Gebäudekomplex wurde von Expert*innen aus der ehemaligen DDR geplant und 1984 an das Regime übergeben. Ein weiterer trauriger „Verdienst“ des sog. Proletarischen Internationalismus der Staats-Sozialist*innen.

¹² Auch ein fehlendes Mandat des UN-Sicherheitsrates schien damals, anders als nach dem 9/11 ein Grund gewesen zu sein, Saddam Hussein nicht direkt zu stürzen.

geschaffen. 1992 war die Kurdische Regional Regierung (oder auch kurz: KRG, Kurdistan Regional Government) geboren. Das Gebiet fiel unter die Verwaltung der sozialdemokratischen Partei Patriotische Union Kurdistans (PUK) und der konservativen Demokratische Partei Kurdistan (DPK, oder auch KDP). Aufgrund der feindlichen Haltung seitens des Irans und der Türkei, kam es jedoch nicht zu einer Gründung eines Nationalstaats. Wirtschaftlich war die Region unterentwickelt und seit jeher auf Auslandshilfen angewiesen. Auch heute finden sich kaum lokale Produkte. Die Wirtschaft Süd-Kurdistans ist fast vollständig von türkischen Importen abhängig. Aufgrund der genozidalen Anfal-Operationen zwischen 1988 und 1999, die vom Baath-Regime unter Saddam Hussein angeordnet und durchgeführt wurden, wurden ca. 4000 Dörfer zerstört. Diese hätten Grundlage für eine landwirtschaftliche Produktion sein können. Stattdessen flohen die Vertriebenen, wenn sie denn überlebten, in die Städte. Uns wurde auch berichtet, dass sich die ländliche Bevölkerung zudem oft von den Peschmerga verraten fühlte, hatte sie doch in den Jahren zuvor oft Unterschlupf und Nahrung zur Verfügung gestellt und ihr Vertrauen in die Peschmerga gelegt, die sie jetzt scheinbar im Stich ließen. Die Operation forderte laut UNESCO 180.000 Todesopfer. Trauriger Höhepunkt war der Giftgasangriff auf Halabdscha durch die irakische Luftwaffe: ca. 5.000 Menschen fielen ihm zum Opfer¹³.

1991 kam es zum sog. Süd-Krieg. Die Türkei, die PUK und DPK gingen militärisch gegen die linke, pankurdische und als Konkurrenz angesehene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vor.

¹³ Der Giftgasangriff ereignete sich am 16. März 1988. Es sollen Senfgas und Sari, sowie Neurotoxine wie Sarin und VX zum Einsatz gekommen sein. Es finden jährliche Gedenkfeierlichkeiten statt. Vgl. auch den Report von Human Rights Watch (1993): <https://www.hrw.org/reports/1993/iraqanfal/ANFAL3.htm> Stand 17.11.2017 und den Bericht von: The Center of Halabja against Anfalization and genocide of the Kurds / CHAK (2007): http://www.genocidewatch.org/images/Iraq_07_02_Anfal_The_Iraqi_State_s_Genocide_against_the_Kurds.pdf Stand 17.11.2017

1994 war die Autonomieregion faktisch gespalten. Auf der einen Seite die PUK, damals unter der Führung von Dschalal Talabani. Auf der anderen Seite die DPK, unter dem immer noch amtierenden Mazud Barzani. Die PUK erhielt die Region Sulaymanya, die DPK die Region Dohuk und Erbil (Hewlêr). Beide Parteien degenerierten im Laufe der Zeit zu einem „Patronage-System mit klientelistischer Machtbasis gewandelt, in denen Stammesloyalitäten und ideologische Zuschreibungen durch die Loyalität zu den Parteien zunehmend überdeckt wurden“. Auch Aras Fatah, Politikwissenschaftler, Publizist und Kolumnist bei „Awene“, eine der letzten unabhängigen Zeitungen in der Gegend, legte uns dies in einem gut zweistündigen Gespräch dar.

Der Streit um Parlamentssitze zwischen PUK und DPK eskaliert 1994. Aus lokalen Konflikten um lukrative Zolleinnahmen aus dem Ölschmuggel entwickelte sich ein blutiger „Bruderkrieg“ mit tausenden Toten und zehntausenden Vertriebenen. Man musste sich damals entscheiden, ob man DPK (gelb) oder PUK (grün) bist. Neben all dem Leid, das höchstwahrscheinlich jede Familie in der Region getroffen hat, berichteten uns die Menschen auch von absurden Anekdoten: Eine traditionelle kurdische Suppe die man aus einem Lammkopf kocht und eine gelbe Farbe hat, wurde von PUK-Anhänger*innen verweigert. Der Kampf gipfelte in der Besetzung der Quasi-Hauptstadt Süd-Kurdistan Erbil (Hewlêr) durch PUK-Peschmerga. Diese hatten sich mit dem iranischen Regime verbündet. Auf das Hilfeersuchen der DPK, marschierte die irakische Zentralregierung 1996 wieder mit 30.000 Soldaten in Süd-Kurdistan ein und richteten ein Blutbad an PUK-Mitgliedern an. Die DPK besetzte als Revanche Sulaimaniya. Sie mussten sich aber, nachdem die irakische Armee abgezogen wurde, wieder zurückziehen. 1997 begann eine türkische Militäroperation gegen die PKK-Stützpunkte in Süd-Kurdistan, um anschließend zusammen mit der DPK gegen die PUK vorzugehen. Schließlich führte der Druck der USA 1998 dazu, dass DPK und PUK einen angespannten Frieden schlossen.

Ab 2003 standen beide Parteien auf Seiten der US-geführten „Allianz der Willigen“, um bei der neu entstanden Situation nach dem Sturz des Baath-Regimes mitmischen zu können. Den Kurd*innen

wurden mehrere wichtige Positionen zugesichert¹⁴. 2005 wurde Jalal Talabani kurdischer Staatspräsident, was von vielen Kurd*innen als Wendepunkt in der Beziehung zu der neuen Zentralregierung in Bagdad wahrgenommen wurde. Über die Dauer entwickelte sich die kurdische Autonomieregion im Norden des Iraks zu einem staatsähnlichen Konstrukt innerhalb der Souveränität des irakischen Staates. Bemerkenswert ist, dass außer bei militärischen Einheiten (gerade in und um Kirkuk und Mossul), keine Hoheitszeichen des Iraks zu finden sind. Im Mai 2006 formten PUK und DPK eine paritätisch besetzte Regionalregierung, kurz KRG genannt mit Sitz in Erbil. Die jeweiligen Peschmerga-Milizen bleiben jedoch bis dato unter dem Kommando der jeweiligen Partei. Durch die von Beginn an formulierten Gebietsansprüche¹⁵ auch außerhalb der Autonomieregion kam und kommt es immer wieder zu Spannungen. Diese führten dazu, dass die US-Regierung spürbarer auf Distanz zur KRG ging. Dies wurde durch den Truppenabzug im Jahr 2011 noch verstärkt. Erst durch die Anti-IS-Koalition und bedingt durch die Einnahme der Shingalregion und Mossuls (Iraks zweitgrößte Stadt) durch den sog. Islamischen Staat im Jahr 2014, kam es wieder zu Annäherungen zwischen der USA, der KRG und der Zentralregierung in Bagdad. Es scheint aber, insbesondere mit Blick auf das durchgeführte Referendum am 25. September 2017, eher strategischer Natur gewesen zu sein. Die Koalition zerbrach faktisch nach der Befreiung Mossuls im Juli 2017 und im Nachgang des Referendums. Es kam zu kleineren Gefechten zwischen der irakischen Armee und Peschmerga-Einheiten, die sich aus Kirkuk zurückziehen mussten. Die Flughäfen Süd-Kurdistan wurden geschlossen. Die wirtschaftliche Lage ist desolat. Die Region hat etwa 30 Mrd. US-Dollar Schulden, es gibt kaum öffentliche Infrastrukturen. Nach wie vor ist die Korruption und Vetternwirtschaft enorm. Vielen Beamt*innen wurden die Gehälter gekürzt. Lehrer*innen warteten mitunter Monate auf ihre Löhne. Nur in den Jahren von 2009 bis 2011 kann von einer demokratischen Öffnung gesprochen werden. Die Partei Gorran (Bewegung für den

¹⁴ Dazu zählten das Amt des Staatspräsidenten, einer von zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten, des Außenministers und des Generalstabschefs

¹⁵ Diese Ansprüche umfassen Mosul, Kirkuk, sowie kurdische Siedlungsgebiete Niniwa, Salah al-Din und Diyala, vgl. auch: Brauns, Nikolaus (2015). S.134

Wandel) formierte sich um den ehemaligen PUK-Peschmerga-Kommandanten Norshirwan Mustafa. 2009 erhielten sie bei der Wahl für das Regionalparlament 25 von 111 möglichen Sitzen. Zum ersten Mal schien der Macht-Bipol zwischen PUK und DPK aufgebrochen. Das Gorran keine nennenswerten Siege in den Regionen Dohuk und Erbil verzeichnen konnte, wird auf massive Repression zurückgeführt. 2011 brachen Proteste aus, die sich durch den sog. Arabischen Frühling inspirieren ließen. So wurde z.B. in Sulaymaniya DPK-Parteizentralen demoliert. Barzani antwortet mit Härte. Es gab Tote und Verletzte und unser oben bereits erwähnter Freund Aras, berichtete uns auch von Verschleppungen und Folterungen. In der Folge wurde die Gorran und die PUK im Parlament zunehmend drangsaliert. Der Parlamentssprecher der Gorran erhielt 2015 ein Stadtverbot für Erbil und wurde damit faktisch aus dem Parlament verbannt. Präsident Barzani baute weiter an seinem Präsidialsystem nach türkischem Vorbild. Wenn die Gespräche auf Barzani fielen, sprachen viele vom „kleinen und großen Sultan“ und „dem Hinterhof der Türkei“ in Bezug auf die KRG.

Am 03. Oktober 2017 verstarb der Präsident der PUK, Dshalal Talabani, und der Führer der DPK und faktischer Alleinherrscher der KRG, kündigte am 29. Oktober 2017 an, nun nicht mehr für das Amt des Präsidenten zur Verfügung zu stehen. Wie sich die politische Situation entwickeln wird, ist offen. Zynisch könnte man behaupten, dass ganz Süd-Kurdistan ein Flüchtlingslager mit einem hohen Grad an Traumatisierung sein muss. Ohne einen breiten, gesellschaftlichen Widerstand wird sich kaum etwas Grundlegendes in der Region ändern. Den Menschen vor Ort diese Aufgabe aufzubürden erscheint angesichts der jahrzehntelangen Erfahrungen von Gewalt, Krieg und Flucht ebenso arrogant wie naiv. Viele sind geschunden, haben wenig Vertrauen in die politischen Eliten und versuchen einfach zu überleben. Ich frage mich immer wieder woher diese Menschen die Kraft nehmen uns und andere Freund*innen so herzlich zu empfangen, zu verpflegen und so unglaublich nett und hilfsbereit zu sein.

Text zugeschickt von „Sven Wegner“

Den Text von Sven Wegner gibt es mit den vollständigen Quellenangaben Ende Januar auf der Seite vom „internationalistischen Zentrum Dresden“. Dort wird auch der zweite Teil erscheinen.

Rest in Peace Ricardo

Unser Freund, Gefährte, Sohn und Bruder Ricardo ist tot. Er wurde nur 31 Jahre alt. So viele Jahre war er ein Teil von uns, so viele Geschichten erlebten wir gemeinsam und jetzt ist er für immer weg. Jeder und Jede von uns, die ihn kannten, weiß, wie Streitbar er war und gerade das war es, was ihn ausgemacht hat und was uns gemeinsam geprägt hat.

Es ist schwer von Ricardo in der Vergangenheit zu schreiben, zu sehr fehlt er uns, zu sehr schmerzt der Gedanke, dass es keine zukünftigen Begegnungen mehr geben wird.

Ricardo war konsequenter Antifaschist, Anarchist und ständiger Repression ausgesetzt. Er hat über lange Zeit aktiv in der Roten Hilfe Dresden gearbeitet und wird vielen z.B. durch die Vorträge zum §129 Verfahren oder dem Aufbau des Hausprojekts "Praxis" in Dresden in Erinnerung sein.

Die letzten Jahre mußte er außerhalb dieses Landes verbringen. Die Familie und wir wollen ihn wieder nach Hause holen und ihn hier beerdigen. Dazu brauchen wir eure Solidarität.

Konto:

EA Dresden

eadresden@so36.net

BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE72 3601 0043 0609 7604 34

Kennwort: Ricardo